L-1-311: Ein bezahlbares Zuhause für alle Berliner*innen schaffen - Für eine soziale Wohnungspolitik, faire Mieten und eine nachhaltige Stadtentwicklung

Antragsteller*innen Georg Atta Mensah (KV Berlin-Reinickendorf)

Von Zeile 310 bis 316:

widerspricht das Gesetz dem parteiübergreifenden Prozess einer Verwaltungsreform, bei der die Zuständigkeiten zwischen Bezirken und Land nach Kompetenzen geordnet werden sollen. ~~Wir kritisieren zudem, dass das Gesetz ökologische Standards schleift und den Klimaschutz in der Stadt schwächt.~~ Auch sollen Beteiligungsmöglichkeiten weiter erschwert und Fristen für eine angemessene Beteiligung verkürzt werden. Wir schließen uns der Kritik vieler Verbände – von der Architektenkammer über den NABU bis zum BUND – am Gesetzesvorhaben an und lehnen es in dieser Form ab. Wir werden das Gesetz im Rahmen der Verwaltungsreform so weiterentwickeln, dass Doppelstrukturen abgebaut werden, Verfahren vollständig digital abgewickelt werden können, Mustergenehmigungen und Genehmigungsfiktionen die Verfahren beschleunigen und ökologische Standards pragmatisch angewandt werden. Beteiligungsverfahren müssen transparent bleiben, ohne dass Partikularinteressen Wohnraum grundsätzlich verhindern oder unangemessen verzögern können.

Begründung

Wir begrüßen, wenn es zu Beschleunigungen kommt und beschreiben hiermit Wege, wie das effektiv gelingen kann.

Unterstützer*innen

Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Lichtenberg), Helen Maria Maruhn (KV Berlin-Reinickendorf), Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte), Jana Braun (KV Berlin-Reinickendorf), Jana Gerlach (KV Berlin-Reinickendorf), Britta Kistenich (KV Berlin-Pankow), Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte), Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf), Stefanie Lucht (KV Berlin-Mitte), Ingeborg Hofer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Clemens Justus Joshua Sachs (KV Berlin-Reinickendorf), Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Lillemor Mallau (KV Berlin-Pankow), Manfred Herrmann (KV Berlin-Neukölln)